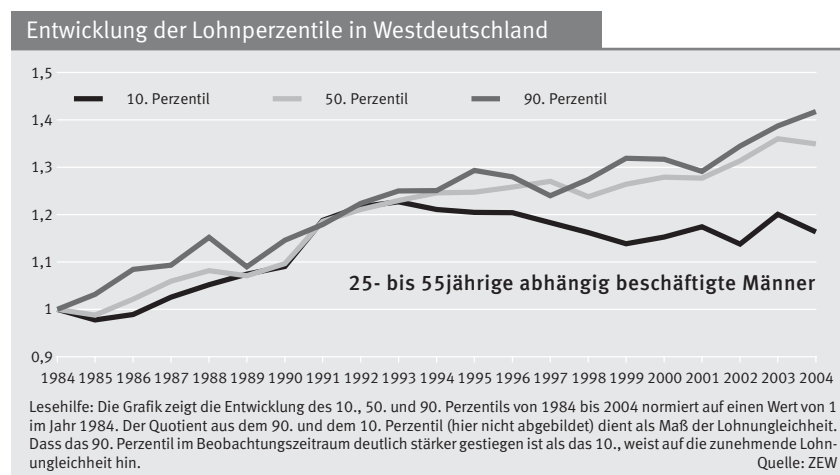


Lohnungleichheit in Deutschland steigt

Nachdem die meisten empirischen Studien eine weniger ungleiche Lohnverteilung in Deutschland belegten, kommt eine neue Studie des ZEW zu dem Ergebnis, dass die Lohnungleichheit seit Mitte der 1990er Jahre zugenommen habe. Während in Westdeutschland die Ungleichheit unterhalb des Medianlohnes stärker gestiegen sei, habe in Ostdeutschland die Ungleichheit oberhalb des Medianlohnes stärker zugenommen.



Die ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 06-019) untersucht die Brutto-lohntwicklung in Westdeutschland von 1984 bis 2004, in Ostdeutschland von 1994 an ebenfalls bis 2004. Datenbasis ist das Sozio-Ökonomische Panel des DIW Berlin. Im Mittelpunkt der Studie steht die Entwicklung der Lohnungleichheit. Zu diesem Zweck werden verschiedene Lohnperzentile untersucht. Das 10. Perzentil stellt den Lohn der Geringverdiener dar, der von 90 Prozent der Beschäftigten der Stichprobe übertroffen wird, das 50. Perzentil den Lohn, den 50 Prozent der Beschäftigten erreichen. Das 90. Perzentil stellt den Lohn der Topverdiener dar, der nur noch von 10 Prozent der Beschäftigten der Stichprobe übertroffen wird. Der Quotient zwischen dem 90. und dem 10. Perzentil dient als Maß der Ungleichheit der Löhne.

Für die Gruppe der 25- bis 55jährigen abhängig beschäftigten Männer (der weitere Text bezieht sich, wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, auf diese Gruppe) betrug dieser Quotient 1984 in Westdeutschland 2,14. Der Lohn der Topverdiener betrug somit etwa das Doppelte des Lohnes der Geringverdiener. Der Quotient sank bis 1994 leicht auf 2,11. Dies zeigt die stabile Lohnverteilung, die vielfach in der Literatur beschrieben worden ist. Bis 2004 stieg der Quotient auf 2,52. Aktuell liegt der Lohn der Topverdiener somit um das Zweieinhalbfache oberhalb des Lohnes der Geringverdiener. Dies ist ein Hinweis auf zunehmende Lohnungleichheit in Deutschland.

In Ostdeutschland stieg die Lohnungleichheit von 2,26 im Jahr 1994 sogar auf 2,87 im Jahr 2004. Die Lohnun-

gleichheit hat somit in Ostdeutschland von einem höheren Niveau aus etwa in gleichem Maße zugenommen. Die Lohnungleichheit ist damit in Ostdeutschland auch aktuell wieder höher als in Westdeutschland.

Der zeitliche Verlauf der Lohnperzentile für die alten Bundesländer wird in der Abbildung veranschaulicht. In Westdeutschland gehen 65 Prozent der Zunahme der Lohnungleichheit auf die Zunahme zwischen dem Median und dem 10. Perzentil zurück. Ein wichtiger Grund für die Zunahme der Lohnungleichheit in den unteren Lohngruppen ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die den Lohndruck nach unten verstärkt. In Ostdeutschland gehen 61 Prozent der Zunahme der Lohnungleichheit auf die Zunahme zwischen dem Median und dem 90. Perzentil zurück. Ein wichtiger Grund für die Zunahme der Lohnungleichheit im oberen Lohnbereich ist der Wettbewerb um hoch qualifizierte Arbeitskräfte mit den alten Bundesländern, der einen Lohnsog nach oben befördert.

Aufbauend auf den deskriptiven Ergebnissen nimmt die ZEW-Studie eine ökonometrische Dekomposition der Ver-

IN DIESER AUSGABE

Lohnungleichheit in Deutschland steigt.	1
Land ist Hauptabsatzmarkt für baden-württembergische Unternehmen.	2
Energieintensive Anlagen sollten von der Ökosteuer befreit werden	3
ZEW-Konferenz	4, 5
Neuerscheinungen, Termine, ZEW intern	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

änderung der Lohnungleichheit vor. Dabei werden Ausstattungseffekte, Preiseffekte und residuale Effekte unterschieden. Ausstattungseffekte fangen Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft auf, wie beispielsweise ein höheres Bildungsniveau. Preiseffekte erklären den Teil der Lohnspreizung, der auf veränderte Renditen zurückzuführen ist, beispielsweise veränderte Bildungsrenditen. Der nicht mit beobachteten Variablen zu erklärende Teil der Änderung der Lohnspreizung

verbleibt als residuale Lohnungleichheit. Dazu zählen die Veränderung un beobachteter Eigenschaften, wie etwa Selbstdisziplin und Willenskraft.

In Westdeutschland erklären Ausstattungseffekte etwa ein Drittel der Zunahme der Ungleichheit. In Ostdeutschland dominieren Preiseffekte, die etwa 60 Prozent der Zunahme erklären. Etwas überraschend entspricht die Zunahme der Lohnungleichheit in Ostdeutschland damit stärker der Situation in den Vereinigten Staaten mit einer zeitlichen Verzögerung

von etwa 20 Jahren als der Zunahme der Ungleichheit in Westdeutschland.

Bislang gibt es noch keine Erkenntnisse darüber, ob die Zunahme der Lohnungleichheit in Deutschland positiv oder negativ zu beurteilen ist. Die Beantwortung dieser wichtigen Frage wird sicher auch davon abhängen, ob die Konsequenzen für die Beschäftigung oder das verfügbare Haushaltseinkommen betrachtet werden.

Johannes Gernandt, gernandt@zew.de
PD Dr. Friedrich Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Land ist Hauptabsatzmarkt für baden-württembergische Unternehmen

Baden-württembergische Unternehmen aus dem IT- und Mediensektor und aus ausgewählten Anwenderbranchen von Informations- und Medientechnologien setzen ihre Produkte hauptsächlich in der heimischen Region ab. Für insgesamt 82 Prozent der Unternehmen in den betrachteten Branchen sind Baden-Württemberg und die angrenzenden Bundesländer Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz der Hauptabsatzmarkt. Die Bedeutung des heimischen Marktes nimmt jedoch mit steigender Unternehmensgröße ab. Dies zeigt die zweite FAZIT-Unternehmensbefragung, die das ZEW im Herbst 2005 bei baden-württembergischen Unternehmen durchgeführt hat.

An der Befragung beteiligten sich knapp 1.200 baden-württembergische Unternehmen aus dem IT- und Mediensektor (Software, Datenverarbeitungs-Dienstleistungen, IT- und Medienhardware, Telekommunikation, audiovisuelle Medien, Druck und Verlage, Werbung und Marktkommunikation und Inhalte-Dienstleister) sowie aus Branchen, die IT- und Medientechnologien als Anwender intensiv einsetzen (Chemie, Maschinenbau, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Automobil, Verkehr,

Bank- und Versicherungsgewerbe, Forschung und Entwicklung sowie technische Dienstleister). Das „Forschungsprojekt für aktuelle und zukunftsorientierte IT- und Medientechnologien und deren Nutzung in Baden-Württemberg“ (FAZIT) ist ein vom Land Baden-Württemberg gefördertes gemeinnütziges Forschungsprojekt (www.fazit-forschung.de).

Der zweitwichtigste Absatzmarkt für die befragten Unternehmen sind die anderen Bundesländer. Knapp 19 Prozent erwirtschaften dort ihren höchsten Umsatzanteil. Für nur 11 Prozent ist das Ausland der Hauptabsatzmarkt. Diese Rangfolge – Baden-Württemberg und angrenzende Bundesländer, andere Bundesländer, Ausland – im Hinblick auf den Hauptabsatzmarkt zeigt sich nicht nur insgesamt, sondern auch fast durchgängig über die einzelnen Branchen hinweg. In allen Branchen nennen mindestens 70 Prozent der befragten Unternehmen Baden-Württemberg und die angrenzenden Bundesländer ihren Hauptabsatzmarkt.

Die Bedeutung des Auslands als Hauptabsatzmarkt nimmt jedoch mit der Unternehmensgröße zu. Während nur knapp zehn Prozent der Unternehmen mit bis zu vier Mitarbeitern angeben,

dass sie den größten Teil ihres Umsatzes im Ausland erwirtschaften, sehen 71 Prozent der Unternehmen mit 250 und mehr Mitarbeitern ihren Hauptabsatzmarkt eindeutig im Ausland.

Export wichtigste Auslandsaktivität

Insgesamt unterhalten derzeit 29 Prozent der baden-württembergischen Unternehmen Geschäftsbeziehungen ins Ausland. Für diese Unternehmen ist der Export die wichtigste Auslandsaktivität. Gut 80 Prozent der Unternehmen im IT- und Mediensektor sowie in den Anwenderbranchen mit Auslandsaktivitäten geben an, dass sie exportieren. Der zweitwichtigste Weg, im Ausland aktiv zu werden, ist über Vertriebspartner im Ausland. An dritter Stelle der Auslandsaktivitäten steht die eigene Niederlassung. Dagegen beteiligen sich nur gut drei beziehungsweise knapp fünf Prozent der Unternehmen an ausländischen Unternehmen. Der Großteil der Unternehmen mit Auslandsaktivitäten pflegt Geschäftsbeziehungen mit Österreich, der Schweiz und der EU 15. Die Auslandsaktivitäten mit anderen Ländern bewegen sich auf weit geringerem Niveau.

Bettina Müller, bettina.mueller@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Energieintensive Anlagen sollten von der Ökosteuer befreit werden

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren klimapolitische Maßnahmen beschlossen, unter anderem die ökologische Steuerreform. Ein Instrument der EU ist der EU-weite Emissionshandel. Während sich letzterer nur auf bestimmte Anlagen bezieht, erfasst die Ökosteuer den Verbrauch von Heiz- und Kraftstoffen sowie Strom quer über alle volkswirtschaftlichen Sektoren. In Deutschland existiert demnach bei den vom Emissionshandel betroffenen Unternehmen eine doppelte Reglementierung. Diese ist Gegenstand einer aktuellen ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 06-018).

Während Industrievertreter die Abschaffung der Ökosteuer für die vom Emissionshandel erfassten Anlagen fordern, kämpfen Klimaschützer für deren Fortbestand. Sie sehen in der Ökosteuer ein probates Mittel, um die Emissionen der energieintensiven Industrie über das im Nationalen Allokationsplan festgelegte sektorale Emissionsziel hinaus zu senken. Zudem argumentieren sie, dass die zusätzliche Besteuerung des Energieverbrauchs bei den deutschen Emissionshandels(EH)-Sektoren die gesamtwirtschaftliche Kosteneffizienz der Emissionsvermeidung erhöhe. Dahinter steht der Gedanke, dass die Aufteilung des nationalen Emissionsbudgets auf die volkswirtschaftlichen Sektoren zu einer „Überausstattung“ zugunsten der EH-Sektoren und damit zu relativ geringen Grenzvermeidungskosten in diesen Sektoren führe. Die Ökosteuer könne die Grenzvermeidungskosten zwischen den volkswirtschaftlichen Sektoren angleichen.

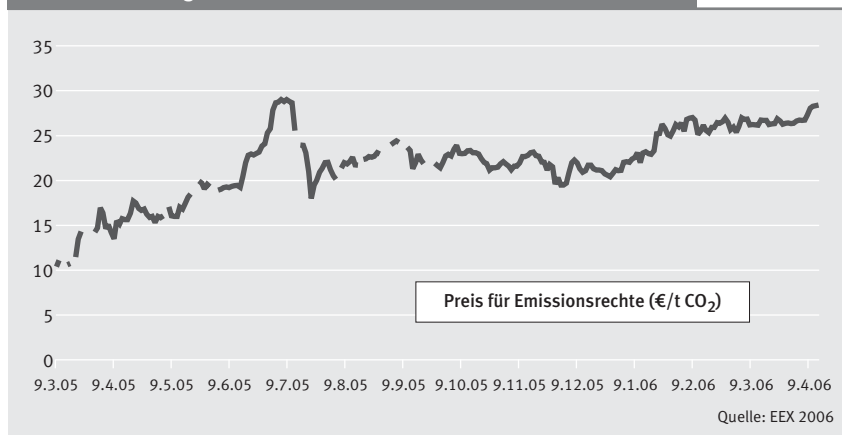
Diese Argumente für die Überlagerung beider Instrumente können jedoch aus ökonomischer Sicht nicht überzeugen. Nimmt man zunächst und vereinfachend an, es existiere in allen EU-Ländern neben dem Emissionshandel eine uniforme Emissionssteuer für die EH-Sektoren, so senken die betroffenen Unternehmen in dem Ausmaß ihre Emissionen, bis die Vermeidungskosten einer zusätzlichen Tonne CO₂ der Summe aus dem EU-weiten Zertifikatspreis plus der Emissionssteuer entsprechen. Da die Emissionssteuer in allen Ländern identisch ist, wird die EU-weite sektorale Emissionssenkung zu minimalen Kosten

erreicht. Da bei den Emittenten aufgrund der gestiegenen Kosten für CO₂-Emissionen (Zertifikatspreis plus Steuer) Maßnahmen zur Verringerung von Emissionen attraktiv werden, die zuvor nicht wirtschaftlich waren, schlägt sich die Emis-

höht sich auf dem EU-weiten Zertifikatsmarkt das Nettoangebot. Die EU-weit von den EH-Sektoren ausgestoßene Emissionsmenge sinkt jedoch insgesamt nicht.

Geht man von einer EU-weit effizienten Allokation der Maßnahmen zur Verringerung von Emissionen zwischen den am EU-Emissionshandel beteiligten Unternehmen und allen anderen volkswirtschaftlichen Sektoren aus, folgen aus der einseitigen Einführung einer Emissionssteuer Ineffizienzen bei der Emissionsvermeidung. Auch eine anfängliche

Preisentwicklung der CO₂-Emissionsrechte im EU-weiten Handel



sionssteuer in einer geringeren Zertifikatsnachfrage und somit in einem geringeren Marktpreis für Zertifikate nieder. Der ökologische Effekt der Emissionssteuer ist jedoch Null, da das von der Anfangszuteilung festgelegte EU-weite Emissionsniveau unverändert bleibt.

Unilaterale Emissionssteuer

Führt hingegen nur eines der EU-Länder eine Emissionssteuer in den EH-Sektoren ein, steigt der Anreiz zur Emissionsvermeidung bei den Unternehmen, die von beiden Instrumenten betroffen sind. Die Zertifikatsimporte aus anderen Ländern sinken, die Zertifikatsexporte ins Ausland nehmen zu. In der Folge er-

Überausstattung zugunsten der EH-Sektoren in dem Land, in dem die Steuer eingeführt wird, ändert nichts daran.

In Deutschland sind zwar aufgrund der Erstattungsregelung bei der Ökosteuer für energieintensive Branchen die Auswirkungen einer doppelten Reglementierung auf die Kosteneffizienz recht gering. Dennoch kann aus ökonomischer Sicht die Ankündigung des Bundeswirtschaftsministeriums, die energieintensiven Anlagen im neuen Energiesteuergesetz von der Energiesteuer befreien zu wollen, unterstützt werden – zumindest dann, wenn diese auch vom Emissionshandel betroffen sind.

Henrike Koschel, koschel@zew.de
Ulf Moslener, moslener@zew.de

Wirtschaftswachstum in Europa

Am 23. und 24. Februar 2006 veranstaltete das ZEW gemeinsam mit dem Arbeitskreis Europäische Integration eine Konferenz zu „Wirtschaftswachstum in Europa“. Die Vorträge gaben Einsichten in die Wachstumsentwicklungen in Deutschland und den Industrieländern, die insbesondere im Hinblick auf die Neuformulierung der Lissabon-Strategie für die wirtschaftspolitische Orientierung wichtiger geworden sind.

Wirtschaftswachstum in der EU

Antonio Ciccone (Universität Pompeu Fabra, Barcelona) präsentierte eine Untersuchung, der zufolge Länder mit einem hohen Humankapitalbestand in den 1980er Jahren im Vergleich zu Ländern mit niedrigem Humankapitalbestand ein höheres Wachstum hatten. Ein hoher Bestand an Humankapital führt zu einer schnelleren technischen Adoption und somit zu einem schnelleren Einkommenswachstum.

Stefano Scarpetta (Weltbank) stellte fest, dass in OECD-Ländern niedrigere Markteintrittsbarrieren im Industriesektor zu höheren Wachstumsraten führen. Ein Grund ist, dass durch Markteintrittsbarrieren die Industrieunternehmen ihre Produktionsverfahren schneller an die internationale Spitze angleichen können. Regulierungen beeinträchtigen diese Aufholprozesse.

Anhand von Handels- und Wachstumstheorien untersuchte Wilhelm Kohler (Universität Tübingen) Kurzeffekte der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf das Erreichen des Lissabon-Ziels. Die EU kann dazu beitragen, dass der Wohlfahrtsstaat reformiert, die Arbeitsmarktrigiditäten verringert und das Bildungssystem optimiert werden.

Fabienne Ilzkovitz (EU-Kommission) beschäftigte sich mit der neuen Lissabon-Strategie. Da die alte Strategie ihre Ziele – unter anderem die Lücke zwischen den USA bei BIP pro Kopf, Beschäftigungsrate, Arbeitsstunden und stündlicher Arbeitsproduktivität pro Be-

schäftigtem zu schließen – nicht erreicht hat, leitete die EU Reformen ein. Die neue Lissabon-Strategie zielt auf Wachstum und Beschäftigung ab; auch soll die Wissensversorgung verbessert und die Innovationstätigkeit angeregt werden.

David de la Croix (Université catholique de Louvain) führte Produktivität und Wirtschaftswachstum auf Bevölkerungswachstum, eine große Anzahl von Kindern und auf die Bevölkerungsgröße zurück. Er präsentierte ein demographisch-ökonomisches Modell, mit dem sich anhand des demographischen Wandels und des Ausbildungsstands das Langzeitwachstum des Pro-Kopf-Einkommens erklären lässt.

Horst Siebert (Johns Hopkins University, Bologna) beschäftigte sich mit dem Zusammenhang zwischen Wachstum und sozialer Sicherung. Siebert sieht einen Zielkonflikt zwischen diesen beiden Größen. Die Staatseinnahmen gehen bei abnehmender Beschäftigung zurück, während gleichzeitig die Kosten der sozialen Sicherung steigen. Siebert plädierte für weniger politische Eingriffe auf den Märkten und eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Fiskalpolitik und Wachstum

Dem Staat stehen Steuereinnahmen und Kreditverschuldung zur Verfügung, um Staatsausgaben zu tätigen. Laut Alfred Greiner (Universität Bielefeld) führt eine geringere Verschuldung zu mehr Produktion und einer höheren Wachstumsrate. Steigt die Neuverschuldung, nimmt durch mehr Investitionen auch die Wachstumsrate zu. Diese ist allerdings niedriger als bei geringer Neuverschuldung, denn höhere Zinszahlungen wirken sich negativ aus.

Mit der Effizienz im öffentlichen Sektor beschäftigte sich António Afonso (Europäische Zentralbank). Hierzu zog er den „Public Sector Performance Index“ (PSP) und eine „Data Envelopment Analyses“ (DEA) heran. Der PSP gibt die leistungsstarken Länder an, während die

DEA die Ineffizienz zwischen Ressourceneinsatz und Output aufzeigen.

Gebhard Kirchgässner (Universität St. Gallen) untersuchte, ob Eingriffe der Regierung in das Wirtschaftsgeschehen verantwortlich sind für die unterdurchschnittliche Wachstumsentwicklung in verschiedenen Ländern Europas. Die Betrachtung zahlreicher empirischer Studien lässt kein einheitliches Bild erkennen, wie sich das Ausmaß der staatlichen Aktivität auf das Wachstum auswirkt.

Der Frage nach dem Effekt ökonomischer Integration in endogenen Wachstumsmodellen ging Lutz Arnold (Universität Regensburg) nach. Er analysierte endogene Wachstumsmodelle offener Volkswirtschaften unter besonderer Berücksichtigung von Übergangsdynamiken anhand eines stark fokussierten, hypothetischen Modells.

Maria Abreu (University of Cambridge) beschäftigte sich mit dem Zusammenhang zwischen Wachstum und ursprünglichem Einkommen von Volkswirtschaften („Beta-Konvergenz“). Sie untersuchte im Rahmen einer Meta-Analyse die aus vielen Studien hervorgegangene Beta-Konvergenz in Höhe von 2 Prozent und lag mit ihrem eigenen Schätzwert von 2,4 Prozent nah an diesem erwarteten Wert.

Martin Eichler (BAK Basel) befasste sich mit den Wachstumsraten und Wachstumsmotoren in verschiedenen europäischen Regionen. Innovationskapazitäten, Steuerniveaus, infrastrukturelle Erreichbarkeit und Regulierungen tragen signifikant zum regionalen Wachstum bei. Wachstumsdämpfend wirken insbesondere die Besteuerung von hoch qualifizierten Arbeitnehmern.

Marcus Kappler (ZEW) sicherte für OECD-Länder die Hypothese ab, dass die Zeitreihe für geleistete Arbeitsstunden in einer Volkswirtschaft nicht stationär verläuft. Die Eigenschaften von nicht-stationären Zeitreihen unterscheiden sich stark von denen stationärer Zeitreihen und sollten bei empirischen Analysen korrekt berücksichtigt werden.

Marcus Kappler, kappler@zew.de

Enge Verzahnung von sozialpolitischen Fragen und Arbeitsmarktentwicklung

Am 23. bis 25. März 2006 fand am ZEW das vierte Arbeitstreffen des DFG-Forschungsschwerpunktprogramms „Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten“ mit mehr als 80 Wissenschaftlern aus verschiedenen Ländern statt. Teil des Arbeitstreffens war eine international hochkarätig besetzte Tagung zum Thema „Wage Growth and Mobility: Micro-, Macro-, and intergenerational Evidence“. Die internationale Tagung umfasste Vorträge zur Lohnentwicklung und Arbeitsmarktmobilität



Thomas E. MaCurdy

mit hoher wissenschaftlicher und politischer Aktualität, die die enge Verzahnung zwischen Arbeitsmarktentwicklung und sozialpolitischen Fragen belegten. Das Programm der internationalen Tagung stellten Christian Dustmann, Steve Machin (beide University College London), Kornelius Kraft (Universität Dortmund und ZEW) und Bernd Fitzenberger (Universität Frankfurt am Main und ZEW) zusammen. Hauptredner waren Thomas E. MaCurdy (Stanford University), Thomas Lemieux (University of British Columbia, Vancouver) und Gary Solon (University of Michigan, Ann Arbor).

Inhaltliche Schwerpunkte der internationalen Tagung waren empirische Studien zur Lohnentwicklung im internationalen Vergleich, zum Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt, zur Mobilität im Arbeitsmarkt, zur intergenera-

tionalen Einkommensmobilität und zu einschlägigen methodischen Fragen. Thomas MaCurdy referierte über eine statistische Untersuchung des Ausmaßes der „Nichteinbindung“ von jungen Erwachsenen in Arbeitsmarkt und Gesellschaft in den USA in der Phase zwischen Schulausbildung und Erwerbstätigkeit. Diese Nichteinbindung ist ein intensiv diskutiertes Phänomen in der politischen Debatte in den USA, da sie im späteren Lebensverlauf oft mit hohen sozialen und volkswirtschaftlichen Kosten einhergeht. MaCurdy belegte, dass die Nichteinbindung entgegen in den USA geäußerten Vermutungen in den vergangenen 25 Jahren deutlich zurückgegangen ist.

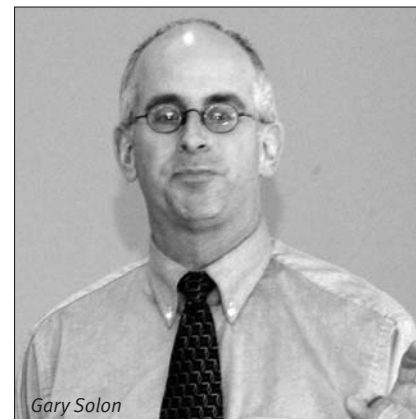
Thomas Lemieux argumentierte, dass der Anstieg der Lohnungleichheit in den USA eng mit dem dramatischen Anstieg der Erträge auf Hochschulausbildung zusammenhängt und dass sich deshalb seit Anfang der 1990er Jahre die zunehmende Spreizung auf den oberen Bereich der Lohnverteilung konzentriert. Wesentlich für das Verständnis der Entwicklung der Lohnstruktur ist die Analyse der Heterogenität der Erträge auf Bildungsinvestitionen.

Intergenerationale Einkommensmobilität

Gary Solon gab einen Überblick über die aktuelle Forschung zur intergenerationalen Einkommensmobilität, die untersucht, wie stark die relative Einkommensposition der Kinder von der relativen Einkommensposition der Eltern abhängt. Hierin spiegeln sich Mobilitäts- und Aufstiegschancen wider. Frühe Studien für die USA in den 1970er und 1980er Jahren schienen eine hohe Einkommensmobilität zu belegen. Eine angemessene statistische Analyse von Problemen in der Einkommenserfassung im Lebenszyklus zeigt jedoch, dass die

Einkommensmobilität in den USA wesentlich geringer ist.

Christian Dustmann untersuchte die Bildungsinvestitionen von Immigranten im Vergleich zur inländischen Bevölkerung in Westdeutschland. Geringere Bildungsinvestitionen der Immigranten gehen einher mit einer geringeren interge-



Gary Solon

nerationalen Einkommensmobilität für Immigranten. Bernd Fitzenberger behandelte die berufliche Mobilität in Deutschland nach Geschlechtern. Berufliche Mobilität geht mit Verdienstwachstum einher, und Männer sind beruflich mobiler als Frauen.

Karsten Kohn (Universität Frankfurt am Main) zeigte, dass die Lohnungleichheit in Deutschland zwischen 1992 und 2001 deutlich zugenommen hat, vor allem für niedrig qualifizierte Arbeitnehmer. Peter Gottschalk (Boston College) untersuchte die Bedeutung von Erfassungsfehlern in Umfragedaten. Basis der Analyse ist eine Verknüpfung des „Surveys on Income and Program Participation“ mit Steuerdaten für die USA. Da ein starker nichtklassischer Messfehler vorliegt, werden mit den Umfragedaten die Verdienstungleichheit und Verdienstmobilität als zu gering eingeschätzt.

Detaillierte Informationen im Internet: www.zew.de/dfgflex

Prof. Bernd Fitzenberger, Ph.D.,
fitzenberger@wiwi.uni-frankfurt.de

ZEW INTERN

Zwei studentische Hilfskräfte des ZEW erhalten den „NRW Undergraduate Science Award 2005“ in der Kategorie „Economics“

Den beiden Studentinnen Elke Lüdemann (Universität Mannheim) und Xuan Zhang (mittlerweile: Goethe-Universität Frankfurt) wurde am 3. Mai 2006 der „NRW Undergraduate Science Award 2005“ in der Kategorie „Economics“ verliehen.

Bei dem Preis handelt es sich um einen internationalen Forschungspreis für talentierte Nachwuchswissenschaftler, die bereits vor dem Ende ihres Studiums einen Beitrag bei einer angesehenen internationalen Fachzeitschrift publiziert haben. Der Preis wird weltweit ausgeschrieben und in sieben Kategorien verliehen. Die beiden Studentinnen haben als studentische Hilfskräfte am ZEW gemeinsam mit ZEW-Wissenschaftler Dr. Ralf Wilke ein Papier mit dem Titel „Censored Quantile Regression and the Length of Unemployment Periods in West-Germany“ verfasst, das in der Zeitschrift „Empirical Economics“ erscheint. Das Papier untersucht anhand von zensierten Quantilsregressionen den Einfluss verschiedener Mikro- und Makrovariablen auf die Verteilung der Verweildauer in Arbeitslosigkeit.

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Christoph Heine, Jürgen Egel, Christian Kerst, Elisabeth Müller und Sang-Min Park Ingenieur- und Naturwissenschaften: Traumfach oder Albtraum? Eine empirische Analyse der Studienfachwahl

Die Bedeutung des technologischen Wissens für die Innovationsfähigkeit von Unternehmen und damit auch für ihre Wettbewerbsfähigkeit ist unbestritten. Gerade die Verfügbarkeit von Mitarbeitern mit technisch/naturwissenschaftlichen Qualifikationen ermöglicht es Unternehmen, im internationalen Innovationswettbewerb mitzuhalten und selbst Akzente zu setzen. Um ein hinreichendes Angebot von solchen Qualifikationen nachhaltig sicherzustellen, ist es wichtig, dass eine genügend große Anzahl von Studienberechtigten ein Studium in den Ingenieurwissenschaften oder Naturwissenschaften erfolgreich abschließt. Aber gerade hieran mangelt es in Deutschland im Vergleich zu anderen wichtigen Volkswirtschaften.

Die Studie befasst sich mit den Bestimmungsgründen der Studienentscheidung für ingenieur- und naturwissenschaftliche Fächer. Es sollen empirisch die Einflussfaktoren identifiziert werden, die eine solche Studienentscheidung wahrscheinlicher machen. Die Ergebnisse bieten Ansatzpunkte für eine Politik, der es darum geht, die Hemmnisse und Probleme auf dem Weg zu einem Ingenieurstudium oder einem naturwissenschaftlichen Studium abzubauen und eine solche Wahl attraktiver zu machen.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 81, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2006, ISBN 3-8329-1946-5

EXPERTENSEMINARE

- | | |
|---------------|---|
| 15.5.2006 | Panelökonometrie I |
| 16.5.2006 | Panelökonometrie II |
| 17.5.2006 | Wettbewerbsanalyse – Anforderungen an ein auf Früherkennung ausgerichtetes Wettbewerbsanalyzesystem |
| 22./23.5.2006 | Economic Modelling Workshop 2006 – Economic Evaluation of Income and Consumption Tax Reforms |

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de → Expertenseminare
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 06-014, Elisabeth Müller, Volker Zimmermann: The Importance of Equity Finance for R&D Activity – Are There Differences Between Young and Old Companies?

No. 06-015, Kathrin Göggel, Johannes Gräß, Friedhelm Pfeiffer: Selbständigkeit in Europa 1991-2003: Empirische Evidenz mit Länderdaten.

No. 06-016, Christoph Böhringer, Ulf Moslener, Bodo Sturm: Hot Air for Sale: A Quantitative Assessment of Russia's Near-Term Climate Policy Options.

No. 06-017, Friedhelm Pfeiffer, Henrik Winterhager: Selektivität und direkte Wirkungen von Vermittlungsgutscheinen: Empirische Befunde aus der Einführungsphase.

No. 06-018, Christoph Böhringer, Henrike Koschel, Ulf Moslener: Efficiency Losses from Overlapping Economic Instruments in European Carbon Emissions Regulation.

No. 06-019, Johannes Gernandt, Friedhelm Pfeiffer: Rising Wage Inequality in Germany.

No. 06-020, Anja Heinze, Elke Wolf: Gender Earnings Gap in German Firms: The Impact of Firm Characteristics and Institutions.

No. 06-021, Eva Müller, Ralf Wilke, Philipp Zahn: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer: Eine mikroökonomische Evaluation der Arbeitslosengeldreform von 1997.

No. 06-022, Marcus Kappler: Panel Tests for Unit Roots in Hours Worked.

No. 06-023, Uwe Jirjahn, Kornelius Kraft: Do Spillovers Stimulate Incremental or Drastic Product Innovations? – Hypotheses and Evidence from German Establishment Data.

No. 06-024, Anja Kuckulenz: Continuing Vocational Training in Germany – A Comparative Study Using 3 German Data Sets.

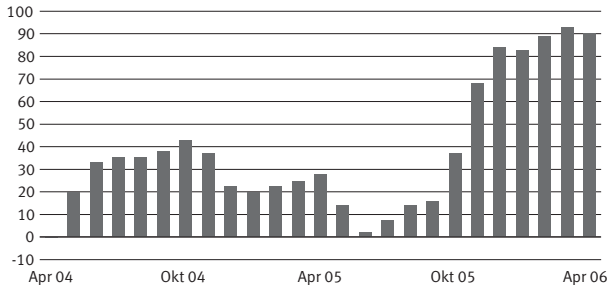
No. 06-025, Anja Kuckulenz: Wage and Productivity Effect of Continuing Training in Germany: A Sectoral Analysis.

No. 06-026, Henrik Winterhager: Private Job Placement Services – A Microeconomic Evaluation for Germany.

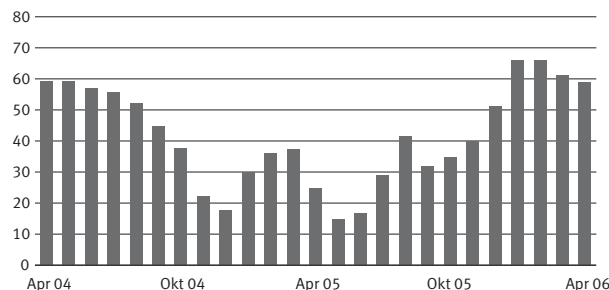
No. 06-027, Andreas Ammermüller, Jörn-Steffen Pischke: Peer Effects in European Primary Schools: Evidence from PIRLS.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im April



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinsnormalisierung maßvollen Schrittes

Die befragten Finanzmarktexperten vermindern ihre Zinserhöhungserwartungen geringfügig; der entsprechende Indikator sinkt um 2,6 auf 90,3 Punkte. Verantwortlich für diesen, wenn auch nur leichten, Rückgang dürften die Aussagen des Präsidenten der EZB sein, die darauf hindeuten, dass die nächste Anhebung der Leitzinsen nicht wie erwartet schon im Mai stattfinden wird. Trichet ließ jedoch keine Zweifel daran, dass die EZB auf dem Wege sei, die Zinsen anzuhäben. Der Normalisierungsprozess solle „gelassen und stetig“ verlaufen.

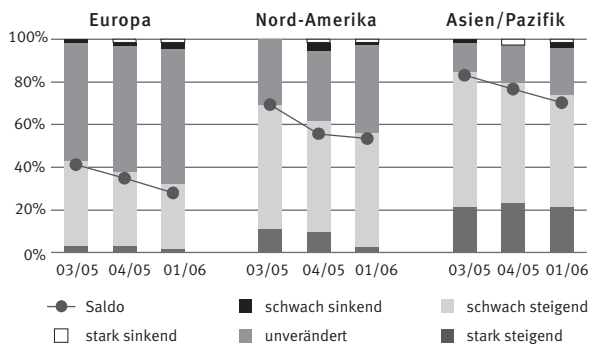
Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Euroraum: Konjunkturerwartungen sinken weiter

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im April leicht gesunken. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten liegt nun bei +58,7 Punkten nach +61,1 Punkten im März. Hierfür dürfte vor allem die Entwicklung der Auftragseingänge verantwortlich sein, die eine deutliche Korrektur nach unten darstellt. Außerdem könnte sich der Boom an den Immobilienmärkten in Spanien und Irland abschwächen, was den privaten Konsum in den betroffenen Ländern dämpfen dürfte.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

TransportmarktBarometer: Seefracht nur interkontinental interessant?

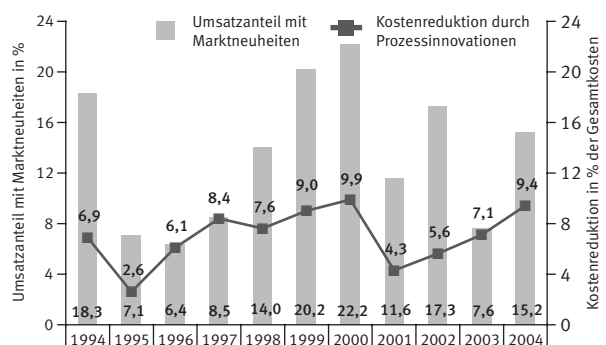


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProTrans/ZEW erwarten auf den interkontinentalen Relationen ein starkes Wachstum. Je nach Transportrelation gehen zwischen 56 und 74 Prozent der Befragten von steigenden Aufkommen aus. Im Europaverkehr hingegen rechnen knapp zwei Drittel mit unveränderten Mengen. Insgesamt sind die Erwartungen der Experten aus der Verlager- und Transportwirtschaft allerdings zurückhaltender als in den beiden Vorquartalen. So gehen je nach Transportrichtung zwischen zehn und 13 Prozent weniger Experten von steigenden Transportaufkommen aus.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Elektroindustrie: Umsatzanteil mit Marktneuheiten verdoppelt



Quelle: ZEW

Der Umsatzanteil mit Marktneuheiten in der Elektroindustrie hat sich 2004 im Vergleich zu 2003 nahezu verdoppelt. Nachdem die Unternehmen 2003 noch vorrangig versuchten, ihre Kernbereiche durch Kostensenkungen zu stärken, setzten sie 2004 wieder verstärkt darauf, neue Produkte in den Markt einzuführen. Die starken Schwankungen im Umsatzanteil mit Marktneuheiten deuten auf kurze Produktlebenszyklen in der Elektroindustrie hin. Kosteneinsparungspotenziale spielten aber auch 2004 wieder eine wichtige Rolle: Knapp 10 Prozent der durchschnittlichen Stückkosten wurden durch Prozessinnovationen eingespart.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Arbeitskreis

Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis. Angesichts der Bemühungen der Bundesregierung um eine Reform des Gesundheitssystems könnte man versucht sein, an diesen Kalauer zu denken. Trotz

einiger Berechtigung wäre dies jedoch eine etwas vordergründige Sichtweise. Denn nichts ist dagegen einzuwenden, dass sich die Politik in Arbeitskreisen mit einschlägig ausgewiesenen Wissenschaftlern und Praktikern berät, anstatt mit den ansonsten recht beliebten, aber wenig überlegten Schnellschüssen aufzuwarten. Nur: Dabei muss auch etwas Vernünftiges herauskommen und umgesetzt werden.

Zwei Herausforderungen gilt es zu meistern. Zum einen muss sich die Politik entscheiden, welches Modell eines Gesundheitssystems sie favorisiert und letztlich realisieren möchte. Sie braucht dabei das Rad nicht neu zu erfinden, es liegen ausgearbeitete Alternativmodelle vor. Zum anderen muss angesichts erheblicher Divergenzen zwischen den Regierungsparteien wenigstens ein Kompromiss gefunden werden, welcher den Weg zu dem optimalen Modell zumindest nicht verbaut. Was bedeuten diese beiden Aspekte konkret?

Das anzustrebende Gesundheitssystem muss unter anderem die beiden folgenden eklatanten Defizite bei der gesetzlichen Krankenversicherung beseitigen, nämlich erstens die Vermischung von Versicherungsaspekten mit Umverteilungsanliegen und die zweitens den weiterhin unzureichenden Preis- und Leistungswettbewerb zwischen den Krankenkassen, wodurch erhebliche Wirtschaftlichkeitspotenziale brach liegen. Umverteilungselemente finden sich im System der gesetzlichen Krankenversicherung zuhauf, etwa in Form der weitgehenden Beitragsfreiheit von Kindern und nicht erwerbstätigen Ehepartnern sowie in Gestalt der einkommensabhängigen Beitragszahlungen, unbeschadet der Tatsache, dass Krankheiten von höheren Einkommensschichten nicht notwendigerweise teurer zu kurieren sind als die von Geringverdienern. Mit diesen Regelungen möchte man eine finanzielle Umverteilung betreiben, zugunsten etwa von Familien und unteren Einkommens-

klassen. Dagegen spricht prinzipiell wenig, jedoch stellen solche Anliegen hoffentlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar, für die die Steuer- und Transfersysteme zuständig sind. Dort sollten Umverteilungsanliegen geregelt werden, und nicht im System der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Angesichts dieser Argumentation scheidet das Modell einer „Bürgerversicherung“ als ineffizient und unbrauchbar aus, wengleich es von einigen politischen Gruppierungen aus ziemlich durchsichtigen Motiven – Umverteilung allenthalben um jeden Preis – mit Vehemenz vertreten wird. In Frage kommt ein Gesundheitsprämienmodell, wozu eine Reihe bedenkenwerter Varianten vorgeschlagen wurden. Letztlich sollte im Rahmen einer Pflichtversicherung für Regelleistungen die Finanzierung über möglichst risikoäquivalente Prämien erfolgen und die Trennung zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenkassen bei Kontrahierungszwang für beide aufgehoben werden.

Der Weg dorthin wird angesichts der parteipolitischen Konstellationen in der Bundesregierung vorläufig mit Kompromissen gepflastert sein. So könnten beispielsweise die einkommensabhängigen Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf einem niedrigeren Niveau oder zumindest in der derzeitigen Höhe eingefroren und der fehlende Finanzierungsbeitrag durch einkommensunabhängige Prämien abgedeckt werden. Nicht nur steigt der Prämienanteil mit wachsenden Gesundheitsausgaben, sodass man letztlich in der Nähe eines Prämienmodells landet und reibungslos dazu übergehen kann, sondern der Wettbewerb zwischen den Kassen findet nun nicht zuletzt über unterschiedlich hohe Prämien statt.

Eine Steuerfinanzierung der Versicherungsleistungen von Kindern ist hingegen abzulehnen. Die Steuererhöhung trifft auch Unternehmen und kostet somit Arbeitsplätze, und privat Versicherte zahlen doppelt, für eigene und fremde Kinder.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2006